

Nationale Hauptstädte sind nicht nur Orte, in denen die zentralen Institutionen eines Staates konzentriert sind, sondern vor allem symbolische Räume, die das Selbstverständnis einer Nation repräsentieren (sollen). Vor allem im europäischen Kontext stellen Hauptstädte daher komplexe, meist durchaus widersprüchliche Geschichts- und Gedächtnislandschaften dar, die die Geschichte der Nationalstaatswerdung und das nationale Selbstverständnis veranschaulichen können.

Wenn vor diesem Hintergrund der Regierungsumzug von Bonn nach Berlin betrachtet wird, dann könnte dieser durchaus im Sinne der Neukonzeption einer solchen Darstellung des Nationalen beschrieben werden: Denn in Berlin muss aus einem ehemaligen Ort nationaler politischer Macht wieder ein Zentrum deutscher Politik gemacht werden. Und dazu werden Kulissen gebaut, Szenarien entworfen, Geschichten zu einem Plot verwoben, neue Besetzungen für Rollen gesucht bzw. alte Rollen umgeschrieben. Denn die vielen, schon zur Legende gewordenen Baustellen Berlins sorgen keinesfalls allein dafür, die materiellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für einen Regierungsstandort hervorzubringen. Wesentlicher scheint vielmehr, dass in der Stadt eine neue symbolische Ordnungsstruktur errichtet wird, die den Vorstellungen einer nationalen Hauptstadt genügen soll. Damit Berlin, wie es einmal Kulturstaatsminister Michael Naumann formulierte, zum »Schau- fenster unserer Republik«¹, eben zur Repräsentationsfläche des nationalen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland werden kann, muss die Stadtlandschaft und die Wahrnehmung dieser Landschaft entsprechend neu konfiguriert werden. Mit den Metaphern der Bühne, der Inszenierung und der Regieführung können diese, durchaus auch fiktionalen Anteile gefasst werden:

¹ Pressemitteilung des Bundespresseamtes vom 5.7.1999, *Der Tagesspiegel* 6.7.1999, S.26.

Die Planungen, Neu- und Umbauten sowie die neuen Nutzungen sind eingebettet in Vorstellungen und Imaginationen von Berlin als Hauptstadt. Und diese werden inszeniert mit dem Ziel, bestimmte Lesarten bereitzustellen und durchzusetzen, die sicherstellen sollen, dass mit der Stadt die Grundzüge des nationalen Selbstverständnisses der Bundesrepublik assoziiert werden. Mit Berlin, zugleich Schauplatz und Symbol der »Berliner Republik«, sollen sich in Zukunft Vorstellungen eines demokratischen, europäisch orientierten Deutschlands verbinden.

Mit dieser knappen Schilderung ist der Ausgangspunkt meiner Untersuchung skizziert. In ihrem Zentrum steht die Frage nach den Praxen und Funktionsweisen dieser symbolischen Transformation der Stadt zur »neuen, alten« Hauptstadt. Wenn ich in dieser Weise nach der Neu- und Uminterpretation des Stadtraums frage, knüpfe ich zunächst an einen stadthnologischen Forschungsstrang an, der Städte nicht nur als physischen Raum sozialen Wandels sowie des Alltags und der Lebensweise unterschiedlicher sozialer Gruppen fasst, sondern als symbolische Landschaften, in die historische, politische und kulturelle Werte und Normen ebenso eingeschrieben sind, wie sie deren Veränderung repräsentieren. Den Fokus der Untersuchung liefert sodann die Frage nach dem Zusammenhang von Stadt und Erinnerung, nach dem kollektiven Gedächtnis und dessen Herstellung und Darstellung im städtischen Raum und die damit verbundenen Konflikte. Besonderes Gewicht soll dabei auf die Praxen des Aushandelns gelegt werden. Insofern interessieren mich nicht nur bzw. nicht in erster Linie die rhetorischen Argumentationen, mit denen die Plausibilität der Umbauprozesse Berlins im öffentlichen Diskurs hergestellt werden soll, sondern auch und vor allem die performativen Praxen, mit denen diese Argumentationen zur Darstellung gebracht und im Stadtraum verankert werden.² Methodisch wird die Untersuchung auf eine breite empirische Basis gestellt. Neben der Auswertung von »Gedrucktem« (Zeitungen, Illustrierte, Bundes- und Landtagsprotokolle) spielt

² Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass das Forschungsprojekt »Bühnen der Macht« im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms »Theatralität – Theater als kulturelles Modell in den Kulturwissenschaften« gefördert wird.

dabei vor allem die teilnehmende Beobachtung bei öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen, Interviews mit ProtagonistInnen und die Teilnahme in Interessengruppierungen eine zentrale Rolle.³

Im Folgenden möchte ich meine Fragestellung genauer erläutern und anhand zweier Beispiele illustrieren, um abschließend einige weiterführende Fragen anzusprechen.

»Memories often cleave to the physical settings of events«, bemerkt Brian Ladd in der Einleitung seiner Studie »The Ghosts of Berlin«. Zugleich beschreibt er Berlin als eine von seiner Geschichte verfolgte Stadt und stellt die besondere Schwierigkeit Berlins im Umgang mit seiner Erinnerung als spezifische Problematik des Umzugs dar.⁴ In derselben Weise argumentiert auch die zweite amerikanische Studie zu diesem Thema, Michael Z. Wise's »Capital Dilemmas«. Die enge Verbindung von Stadt und Erinnerung, wie sie in beiden Studien vorausgesetzt wird, lässt jedoch grundsätzliche Fragen offen. Tatsächlich sind wir es gewohnt, Bauwerke, Denkmäler und sogar ganze Städte als Repräsentanten von Geschichte wahrzunehmen und entsprechend wird der Zusammenhang von Stadt und Gedächtnis auch im öffentlichen Diskurs behandelt. Gerade das Nebeneinander unterschiedlicher Baustile in einer Stadt lässt diese wie ein Bilderbuch der historischen Entwicklung erscheinen. Doch welche Vorstellungen von historischer Entwicklung und welche Ereignisse in uns wachgerufen werden, ist wohl nicht so sehr Sache der Bauwerke oder historischer Ensembles als des Betrachters bzw. der Betrachterin. Der Anthropologe Yi-Fu Tuan schreibt: »A landscape littered with old buildings does not compel anyone to give it a historical interpretation; one needs a discerning eye for such a viewpoint.«⁶ Nur weil das »wahrnehmende Auge« in ein System von

³ Mit diesen kurzen Hinweisen soll angedeutet werden, dass es um eine ethnologische Perspektive auf Prozesse der Bedeutungsgenerierung geht, es kann jedoch an dieser Stelle keine umfassende Analyse und methodologische Diskussion des Projekts erfolgen.

⁴ Brian Ladd: *The Ghosts of Berlin. Confronting German History in the Urban Landscape*. Chicago, London 1997.

⁵ Michael Z. Wise: *Capital Dilemmas. Germany's Search for a New Architecture of Democracy*. New York 1998.

⁶ Yi-Fu Tuan: *Space and Place. The Perspective of Experience*. Minneapolis 1977, S.192.

Deutungen und Bedeutungen und damit in individuelle wie kollektive Sinnstiftungen und Identitätskonstruktionen eingebunden ist, wird die Stadtlandschaft mit ihren alten wie neuen Bauten mit historischem Sinn versehen, gewissermaßen mit Bedeutung aufgeladen.

Aus dieser Perspektive wird der Prozess symbolischer Deutung von Stadträumen zu einem gesellschaftlichen Handlungsfeld, das notwendig konfliktreich ist. Gerade in Hauptstädten, in denen solche Bedeutungszuschreibungen immer auch der Re-Konstruktion politischer und nationaler Identitäten dienen und in denen bei dem Streit um Gedenk- und Gedächtnisorte meistens zugleich auch um nationale Selbstbilder gerungen wird, wird die Auseinandersetzung um die Geschichte eines Stadtraums zu einem machtvollen Konfliktfeld, in dem widerstreitende Interessen aufeinander treffen. Im Mittelpunkt der Konflikte steht dabei die Frage, wer sich mit welcher Geschichte in der Hauptstadt repräsentieren darf. Der städtische Raum wird in diesem stetigen Prozess machtvoll, d.h. von unterschiedlich mit Macht ausgestatteten Positionen aus strukturiert.⁷ Übertragen auf Berlin meint das folgendes: Die Berliner Stadtlandschaft ist in weiten Teilen eine »monumentale Erinnerungslandschaft«, deren symbolische Struktur durch den Regierungsumzug und die seit der Wende erfolgenden Transformationsprozesse zwangsläufig in Bewegung geraten ist. In den letzten zehn Jahren haben verschiedene soziale Akteure und Akteursgruppen um die Etablierung einer neuen symbolischen Ordnung in Berlin gekämpft bzw. die bestehende Ordnung zu verteidigen oder alternative Vorstellungen durchzusetzen gesucht. In diesen Auseinandersetzungen spielen Argumente der Geschichte bzw. Repräsentationen der Geschichte eine zentrale Rolle. Sie liefern die Legitimation und Plausibilität für Umbaupläne, vor ihrem Hintergrund muss das Geplante gerechtfertigt werden und wird das Fertiggestellte gedeutet, sie unterstützen Gegenargumente und -positionen. Mit Hilfe unterschiedlicher sozialer Praxen werden die jeweils eigenen Deutungen

⁷ Pierre Bourdieu: Ortseffekte. In: Ders. et. al.: *Das Elend der Welt*. Konstanz 1997, S.159-167.

⁸ Vgl. Peter Reichel: *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*. Frankfurt a.M. 1999.

zur Darstellung gebracht und im Stadtraum zu verankern versucht. Mit dem Stichwort »Geschichtspolitik« wird also nach der von verschiedenen Akteuren bzw. Akteursgruppen für ihre Interessen eingesetzten Nutzung von Geschichte und der durch sie erzielten mobilisierenden oder legitimierenden Wirkung in politischen Auseinandersetzungen gefragt. Im Mittelpunkt stehen die Prozesse, in denen mit Hilfe historischer Argumentationsfiguren und Bezugnahmen Stadtraum mit neuen Deutungen versehen oder alte Deutungen verteidigt, in denen Gedächtnis- und Gedenkort etabliert und Planungen bzw. Neubauten in die symbolische Struktur der Stadt integriert werden. Kurz: Im Zentrum steht die Frage nach dem Prozess der Durchsetzung kollektiver Gedächtnisinhalte als verbindlich und nach deren Repräsentation im Stadtraum.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Gedächtnis- und Gedenkort in Berlin konzentrieren sich im Bezirk Mitte und den angrenzenden Vierteln. Rund um Reichstagsgebäude, Brandenburger Tor und die Allee Unter den Linden wurden bereits einige Denkmäler errichtet, um andere wird seit mehreren Jahren gestritten. In diesem Gebiet liegt der Großteil der nun (wieder) als Ministerien genutzten Altbauten. Hier liegen die spektakulären Neubauprojekte, die entlang des ehemaligen Mauerstreifens verwirklicht wurden. Und hier befindet sich auch das wieder entdeckte »historische Zentrum« Berlins, dem eine besondere Rolle bei der Neugestaltung Berlins zugesprochen wird. Im Folgenden möchte ich anhand von zwei Plätzen zeigen, wie Geschichte bzw. historische Argumentationen in sehr unterschiedlicher Weise in den Prozess symbolischer Transformation Berlins eingebunden sind. Beide Plätze werden – wenn auch in unterschiedlichen Kontexten – als »Herz« von Berlin bezeichnet und ihnen damit eine besondere Bedeutung im Stadt-»Körper« zugesprochen.

Zunächst möchte ich den Blick auf den Potsdamer Platz⁹ lenken, der sicherlich das spektakulärste Bauprojekt des »Neuen Berlins«¹⁰

⁹ Historisch ist der Potsdamer Platz der Kreuzungspunkt mehrerer Straßenzüge östlich des Neubaugebiets. Wenn allerdings heute vom Potsdamer Platz gesprochen wird, wird damit meist das gesamte Neubaugebiet zwischen dem alten Potsdamer Platz und der Staatsbibliothek, Philharmonie und neuer Potsdamer Straße gemeint.

darstellt. Auf einer innerstädtischen Freifläche in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Mauerstreifen wurde in den letzten Jahren ein ganzes Stadtviertel mit Bürobauten, Einkaufsgalerie, Restaurants, einem Hotel, Kinokomplexen, einer Spielbank und einem Musicaltheater errichtet. Die Hintergründe und Auseinandersetzungen um die einzelnen Projekte kann hier nur in sehr groben Zügen skizziert werden. Wesentlich ist die zentrale Rolle, die die Neugestaltung dieses Platzes in dem Versuch Berlins einnimmt, sich als Knotenpunkt in einer global agierenden Dienstleistungsökonomie zu präsentieren.

Der Potsdamer Platz war nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem nach dem Mauerbau 1961 eine Art Niemandsland zwischen Ost und West. Nachdem in den 1950er Jahren die meisten der kriegsbeschädigten Ruinen abgeräumt worden waren, erinnerten nur noch das alte Weinhaus Huth und das Hotel Esplanade an die einstige Bedeutung dieses Ortes als Unterhaltungs- und Vergnügungszentrum der 1920er Jahre. Kurz nach der Wende wurde dieses Gebiet vom Berliner Senat an Investoren verkauft, zuerst an Debis, die sich bereits vor 1989 mit dem Gedanken getragen haben, hier eine Firmenzentrale zu errichten – damals mit dem Ziel, die »Insel« Westberlin symbolisch aufzuwerten. Auf den Verkauf des Geländes folgte 1991 die Ausschreibung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs, der gewissermaßen den Auftakt zur Erneuerung Berlins bildete. Gesucht wurde eine neue urbane Struktur für dieses Gebiet, wobei den Teilnehmern vorgegeben war, sich an dem historischen Straßengrundriss zu orientieren. Im Zuge dieses Wettbewerbs wurden grundlegende Prinzipien des Städtebaus für das »Neue Berlin« diskutiert und für die folgenden Jahre als richtungweisend festgelegt. Zentrales Ziel war für die städtischen Entscheidungsträger wie auch für die Jury die »Wiedergewinnung der europäischen Stadt«. Gemeint war damit vor allem eine urbane Nutzungs- und Funktionsmischung (Wohnen, Arbeiten, Einkauf-

¹⁰ »Das Neue Berlin« ist seit einiger Zeit der Slogan der Berliner Marketinggesellschaft »Partner für Berlin«, mit dem der Umbau Berlins zur Hauptstadt und Dienstleistungsmetropole transportiert werden soll.

fen)¹¹ sowie die Präferenz einer Formsprache, die Anleihen am Berlin der Vorkriegszeit nahm: an der Blockrandbebauung, der reglementierten Höhe der Häuser und der Schaffung von (öffentlichen) Räumen der Begegnung. Stadtplanerisches Ziel war und ist es bis heute, eine spezifische Berliner Identität zu erhalten bzw. wiederherzustellen. So formulierte etwa der damalige Senatsbaudirektor Hans Stimmann 1991: »Wenn auch wir heute von Berlin als dem Ort des Neuen reden, meinen wir damit nicht mehr die Erfindung einer neuen Stadt. Berlin muss seine eigene, großstädtische Identität wiederfinden.« Und »gerade die Stadt von Morgen muss die historischen Schichten und Strukturen der überkommenen Stadt respektieren und neu interpretieren.«¹² Trotz der sich im Laufe der Jahre verändernden architektonischen Leitideen wird diese spezifische Berliner Identität vor allem in einer bestimmten Bauweise ausgemacht, deren zentrale Aspekte eine festgesetzte Traufhöhe und Lochfassaden darstellen. Hochhäuser hingegen wurden gewissermaßen zum nicht-europäischen Element: Das Gegenbild zur »europäischen Stadt« liefert die »amerikanische Hochhausstadt«, also Hochhausagglomerationen und weitgehend privatisierter eingeschlossener öffentlicher Raum. Auch am Potsdamer Platz sollten daher nur wenige gemäßigte Hochhäuser einige Akzente setzen.

Mit diesen Leitlinien wurde der Städtebau der Moderne bewusst abgelöst durch ein Leitbild, das die vor-modernen¹³ städtebaulichen Spezifika zum Ausgangspunkt der Planungen machte. Der sogenannte neo-traditionalistische Städtebau¹⁴ wurde in Berlin umgesetzt in das Leitbild der »kritischen Rekonstruktion«, was die architektonisch interpretierende Neufassung der historischen Bebauung meinte. Diese durchaus rigide gehandhabten Vorgaben lösten Anfang der 1990er Jahre heftige Debatten über die »Berlinische Ar-

¹¹ Vgl. zur Vorstellung von Urbanität: *Harmut Häussermann, Walter Siebel: Stadt und Urbanität*. In: *Merkur* 51,1 (1997), S.293-307.

¹² *Bauwelt* 1991, S.2093.

¹³ Moderne ist hier im Sinne der Gestaltungsmoderne gemeint, nicht im Sinne gesellschaftlicher Phasen.

¹⁴ In den USA wird diese Bewegung unter der Bezeichnung des »New Urbanism« diskutiert. Vgl. zur architektonischen Form des New Urbanism: *StadtBauwelt* 145 (= *Bauwelt* 12, 2000) oder *Die Alte Stadt* 25, 4 (1998).

chitektur« aus, setzte sich aber dennoch für mehrere Jahre als Leitbild durch, so auch für die Entwicklung des Potsdamer Platzes.¹⁵

Während der Verkauf des Geländes im Jahr 1991 schnell und ohne große Möglichkeiten der öffentlichen Partizipation vor sich ging, wurde in den Jahren vom Baubeginn im Jahr 1994 bis zur Eröffnung des Debis-Areals im Jahr 1998 das Geschehen auf der Baustelle als Publikumsevent inszeniert: Neben der 1995 eröffneten Infobox, in der die Investoren ihre Bauvorhaben den BesucherInnen präsentierten, umfasste dieses Programm Tage der Offenen Tür, Umzüge mit Baustellenfahrzeugen, ein Konzert der Baukräne und Kunstinstallationen auf der Baustelle sowie die üblichen ritualisierten Feiern auf dem Bau: Grundsteinlegung, Richtfest und Schlüsselübergabe sowie Eröffnungsfeiern im großen Stil. Im Laufe der Jahre wurde dabei eine symbolische Verbindung zwischen den 1920er Jahren und der Realisierung des neuen Potsdamer Platz etabliert, die maßgeblich das Bild des Geländes prägt und die nötige Begründung für die Ausgestaltung des Areals liefert. Eine wichtige Rolle spielten dabei die noch vorhandenen Überreste aus dieser Zeit: das alte Weinhaus Huth, das Hotel Esplanade mit dem berühmten Kaisersaal sowie das Reststück der alten Potsdamer Straße mit ihren Alleebäumen, die alle drei, zum Teil unter denkmalkonservatorischen Auflagen, in die Neuplanungen einbezogen wurden. Die Verbindung des Platzes mit seiner Vorkriegsgeschichte ließ ihn zum Stellvertreter für die aufstrebende, dynamische und moderne Metropole Berlin in den 1920er Jahren werden, gerade auch die aus dieser Zeit überlieferten Bilder, Texte und Gedichte machten aus ihm eine Ikone des urbanen Berlins: Hier war der Ort, wo damals die größte Fahrzeugdichte in Berlin gemessen wurde, hier existierte einst ein dichtes Netz von Unterhaltungs- und Vergnügungsstätten, hier war der Ort, an dem die moderne Großstadt Tag und Nacht aktiv war.¹⁶

¹⁵ Vgl. *Arch+ 122* (Von Berlin nach Neutotonia); Annetegret Burg (Hg.): *Neue Berlinische Architektur. Eine Debatte*. Berlin, Basel, Boston 1994.

¹⁶ Vgl. zu diesem Mythos auch *Michael Bienert: Die eingebildete Metropole. Berlin im Feuilleton der Weimarer Republik*. Stuttgart 1992.

Andere Teile der Geschichte des Potsdamer Platz gerieten über der Erzählung von den »Goldenen Zwanzigern« mehr und mehr in Vergessenheit, etwa die Tatsache, dass hier, in der Bellevuestraße, der Volksgerichtshof unter Roland Freisler seinen Standort hatte oder dass hier an der Sektorengrenze in den Nachkriegsjahren ein großer Schwarzmarkt stattfand.¹⁷ Diese Teile der Vergangenheit passten offensichtlich nicht zu den Nutzungsplänen der Investoren.

Denn auch wenn immer wieder auf Versatzstücke der Geschichte Bezug genommen wird, ist der Platz in erster Linie auf die Zukunft ausgerichtet. Symbolisch in Szene gesetzt wurde dieser Aspekt etwa bei der von Debis veranstalteten Eröffnungsfeier. In den Tagen vor der Eröffnung, die auf den 2.10.1998 und damit in unmittelbare Nähe der Einheitsfeier gelegt worden war, wurden die Neubauten mit riesigen Transparenten verhängt, auf denen Szenen der mit dem Platz verbundenen Geschichte abgebildet waren: die Mauer, die sich über den Platz zog, die Konfrontation des 17. Juni, die in unmittelbarer Nähe am Leipziger Platz endete, der Verkehrsknotenpunkt Potsdamer Platz usw. Zur Eröffnung wurden diese »Hanging Pictures« herabgelassen und gewissermaßen die Zukunft enthüllt. Was blieb, war die Vorstellung von Urbanität, Modernität und urbaner Dichte, die mit diesem Platz verbunden waren. Die Prinzen sangen zusammen mit dem Tölzer Knabenchor zur Eröffnung die Uraufführung des Lieds: »Potsdamer Platz – Herz von Berlin«, in dessen Refrain es heißt: »Potsdamer Platz/ Herz von Berlin/ Mythos einer Stadt/ Großstadtmelodie«.

Der Platz ist ein räumliches Symbol des »Neuen Berlins« vor allem auch in dem Sinn, dass hier die neue ökonomische Struktur und globale Bedeutung Berlins dargestellt werden soll. Mit der Wiedervereinigung war die Berliner Stadtpolitik mit der Aufgabe konfrontiert, ökonomische Modernisierungsprozesse in Gang zu setzen. Während der Zeit der Teilung wirtschafteten beide Stadthälften – aus unterschiedlichen Gründen – auf der Basis von Subventionen. Der Westteil Berlins war Aushängeschild und Bastion der »freien Welt« und wurde von der alten Bundesrepublik subven-

¹⁷ Vgl. hierzu auch *Sybille Frank*: Der Potsdamer Platz: Das »Herzstück« der Metropole und das Unbehagen in der Geschichte. In: Constanze Carcenac-Lecomte u.a. (Hg.): Steinbruch Deutsche Erinnerungsorte. Frankfurt a. M. u.a 2000, S.249-269.

tioniert. Der Ostteil war Prestigeobjekt der sozialistischen Planwirtschaft und dementsprechend gut ausgestattet. Die weitgehend auf – im Laufe der 1990er Jahre wegbrechende – Industrieproduktion basierende Wirtschaft musste sich nach der Wende zudem den Anforderungen einer sich stetig globalisierenden Dienstleistungsökonomie stellen. Verschiedentlich wurde bereits in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung auf die besondere Bedeutung und neue Rolle von Städten bei der Entstehung globalisierter bzw. transnationaler Wirtschaftsräume hingewiesen. Namentlich Saskia Sassen und Roger Keil haben die Prozesse beschrieben, durch die einzelne Städte zu Zentren einer über nationale Grenzen hinweg agierenden Wirtschaft geworden sind bzw. zu werden versuchen.¹⁸ Um aber »global players« in einer Stadt anzusiedeln, muss diese nicht nur eine entsprechende Infrastruktur bereitstellen, sondern vor allem auch global lesbare und doch die Stadt eindeutig identifizierende Images hervorbringen. Sharon Zukin hat in ihrem Buch »The Cultures of Cities« eindrücklich dargelegt, wie solche kulturell produzierten Bilder einer Stadt zum wichtigen Bestandteil einer neuen symbolischen Ökonomie werden.¹⁹ Die Kultur einer Stadt und damit auch ihre Geschichte, die in rekonstruierten Stadtvierteln, in Denkmälern und historischen Orten sichtbar wird, wird in diesem Kontext zum Bestandteil von Erlebnis-, Unterhaltungs- und Konsumräumen einer global agierenden Konsumentenschicht, von Touristen, Dienstleistern und Wirtschaftsunternehmen. Die mit dieser Politik einher gehende Neustrukturierung urbaner Räume liefert Konfliktstoff, denn deren Gestaltung entscheidet immer auch darüber, was und wer in den symbolischen Landschaften der Städte sichtbar sein soll und was nicht, sie verweist auf Konzepte von Ordnung und Unordnung und auf Formen ästhetischer Macht.²⁰

¹⁸ *Roger Keil*: WeltStadt – Stadt der Welt: Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles. Münster 1993; *Saskia Sassen*: The Global City: New York, London, Tokyo, Princeton 1991.

¹⁹ *Sharon Zukin*: The Cultures of Cities. Cambridge/Mass., Oxford 1995.

²⁰ Ebd., S.7.

In diesem Rahmen ist auch die Entwicklung des Potsdamer Platzes zu sehen: Der Verkauf an und die Entwicklung des Potsdamer Platzes durch Großinvestoren sollte ein Zeichen für die internationale Profilierung Berlins setzen. Der Potsdamer Platz gilt als »Herz« eines neuen selbstbewussten, wirtschaftlich erstarkenden Berlins, so dass das Bild des Platzes heute dazu genutzt werden kann, Berlins neue Rolle als Dienstleistungsmetropole zu fassen. DaimlerChrysler und Sony, haben sich hier »Kathedralen« der Dienstleistungsindustrie errichtet. Dabei sind zwei sehr unterschiedliche Interpretationen entstanden, die beide als Wiedergeburt des Potsdamer Platzes gefeiert werden, als in die Zukunft gerichtete Ensembles, als neue urbane Räume, in denen berliner und europäische städtische Traditionen mit den global players der Zukunft zusammentreffen. Geschichte wird in diesem Kontext zum Versatzstück, das – gemischt mit internationalen kulturellen Elementen – die Besonderheit des Platzes herausstreichen soll. Der alte Kaisersaal des Hotel Esplanade, in einem aufwendigen Verfahren verschoben, damit er besser in die neue Planung eingepasst werden kann, trifft zusammen mit dem traditionellen japanischen Sake-Ritual, mit dem bei der Eröffnung das Glück des neuen Gebäudes beschworen wurde. Die Einweihungsfeier von Sony im Frühsommer 2000 präsentierte eine reiche Mischung kultureller und symbolischer, historischer wie zeitgenössischer Elemente aus der ganzen Welt, um die zukünftige Bedeutung des Platzes herauszustreichen. Die Collage aus lokaler Geschichte und globalen Szenen gehört zu der Strategie, mit der Berlin – im metaphorischen Sinn des Wortes – verkauft werden soll. Wie Gerry Kearns und Chris Philo schreiben: »(...) there is the direct sense of selling the ‚postmodern city‘ which entails the deliberate creation of cultural-historical packages – the more or less obvious lumping together of cultural and historical elements to produce marketable pastiches (...) and then there is the more indirect sense which entails the subtle ‚playing‘ with cultural and historical materials in the production of what are supposed to be attractive, pleasing and uplifting environments.«²¹

²¹ Gerry Kearns, Chris Philo: Culture, History, Capital: A Critical Introduction to the Selling of Places. In: Dies. (Hg.): Selling Places. The City as Cultural Capital, Past and Present. Oxford u.a. 1993, S.1-32, hier S.22.

Der Rekurs auf Geschichte ist in diesem Kontext ein gestalterischer Weg, identifizierbare Orte herzustellen. Geschichte bzw. historische Versatzstücke schmücken das Image der Stadt, um diese für die Standortwahl von Dienstleistern sowie für die Wahl als Reiseziel von Touristen attraktiv zu machen. In diese Reihe gehört auch der Potsdamer Platz. Im Mittelpunkt steht nicht die Auseinandersetzung mit Geschichte, sondern die Darstellung von Geschichte mit dem Ziel, identifizierbare Orte und »städtische Identität« her- bzw. darzustellen.

An einem zweiten Beispiel, dem Schloßplatz im Bezirk Mitte, möchte ich zeigen, dass Geschichtspolitik auch ganz anders funktionieren kann. Auch dieser Ort wird – wie der Potsdamer Platz – häufig als »Herz« von Berlin bezeichnet. Dies geschieht jedoch in einem anderem Kontext, denn der Schloßplatz gibt nicht den Pulschlag für ein neues ökonomisches Leben an, sondern gilt als Herz des historischen Berlin. Als Platz im ältesten Teiles von Berlin wurde der Schloßplatz in den letzten Jahren immer stärker symbolisch aufgeladen und zum Herz nicht nur der Stadt, sondern des Staates – vor kurzem sprach der berliner SPD-Vorsitzende Walter Momper sogar vom »Herz des Reichs«.²² Die symbolische Bedeutung des Platzes wird dabei eingebunden in lokale berliner sowie nationale Selbstdarstellungsprogramme.

Im Gegensatz zum Potsdamer Platz ist auf dem Schloßplatz baulich kaum etwas geschehen. Zwar wurde in den letzten Jahren versucht, den asphaltierten Platz, der bis 1990 als Aufmarsch- und Parkplatz diente, etwas zu gestalten. Doch die Debatte um das zukünftige Aussehen des Schloßplatzes brachte in den letzten 10 Jahren noch keine abschließenden Ergebnisse. Momentan befindet sich auf dem Platz das Zirkuszelt eines Berliner Kabarett-Theaters, ein Ausgrabungsfeld, in dem die Grundmauern des Berliner Stadtschlusses freigelegt wurden, mit einer erläuternden Ausstellung, sowie ein Stück Rollrasen, das letztlich dem Bundeskanzler zu verdanken ist, der momentan sein provisorisches Kanzleramt in dem an den Platz angrenzenden Staatsratsgebäude bezogen hat und in

²² So auf einer Veranstaltung des SPD-Kulturforums im Willy-Brandt-Haus am 28.6.2000.

einem Zeitungsinterview über die schlechte Aussicht klagte.²³ Im gegenwärtigen Berlin ist das bauliche Nichteingreifen ein fast untrügliches Zeichen für Streitigkeiten: Die zunehmend auffälligeren »Löcher« im Stadtraum deuten meist auf ungeklärte Besitzverhältnisse hin oder aber, wie im Fall des Schloßplatzes, auf Entscheidungsschwierigkeiten.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs stand auf dem Schloßplatz das Stadtschloss der Hohenzollern. Das im Krieg stark beschädigte, aber keinesfalls völlig zerstörte Schloss wurde 1950 gesprengt. Dies geschah vor allem, weil der Platz zum Zentrum der Selbstrepräsentation der neu gegründeten DDR werden sollte. Noch heute bestimmen deren Repräsentationsbauten das Aussehen des Platzes. Als erstes wurde das heute unter Denkmalschutz stehende Staatsratsgebäude, Sitz des Staatsrats der DDR, am südlichen Rand errichtet. In die Vorderfront des aus den 1960er Jahren stammenden Baus wurde das Portal des Stadtschlusses integriert, von dessen Balkon Karl Liebknecht im November 1918 die sozialistische Republik ausgerufen hat.²⁴ Damit konnte dieses Portal zum Traditionsbestand der Arbeiterbewegung werden, im Gegensatz zum Rest des Schlosses, das als Symbol feudaler Unterdrückung gebrandmarkt wurde. Den östlichen Platzabschluss bildet der Palast der Republik, ein in der Tradition der Volkshäuser der Arbeiterbewegung stehendes Kulturhaus, in dem sich der Plenarsaal der Volkskammer der DDR, große Säle, Restaurants, Cafés, Theaterräume, eine Bowlingbahn und ein Jugendclub befanden. Der Palast der Republik wurde 1976 eröffnet und musste im Herbst 1990 wegen Asbestbelastung geschlossen werden. Die Asbestbeseitigung soll bis Ende 2001 abgeschlossen sein. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auch über das weitere Schicksal des Baus sowie des gesamten Platzes entschieden werden. Den westlichen Platzabschluss jenseits des Spreearms bildete bis 1995 das ehemalige Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Es wurde 1995 abgerissen und an seiner Stelle eine Grünfläche angelegt, auf der demnächst zwei historische Gebäude

²³ *Die Zeit*, 4.2.1999 sowie die Reaktion darauf etwa: *taz*, 5.2.1999, *Der Tagesspiegel* 4.2.1999.

²⁴ Vgl. *Karl Markus Michel*: Liebknechts Balkon. Oder die Vergangenheit als Denkmal dargestellt am Beispiel Berlins. In: *Kursbuch* 112 (1993), S.153-173.

rekonstruiert werden sollen. Nördlich führt die Straße Unter den Linden vorbei, dahinter befindet sich der Lustgarten mit dem von Schinkel entworfenen Alten Museum und dem Berliner Dom, die an die Museumsinsel anschließen. Von 1951 bis 1994 hieß der Platz Marx-Engels-Platz, womit seine symbolische Bedeutung als Zentrum der Hauptstadt der DDR abgerundet wurde.

Mit der Wiedervereinigung ging der Platz in den Besitz des Bundes und des Landes Berlin über. 1992 war für das Gelände ein städteplanerischer Ideen-Wettbewerb ausgelobt worden, das nun zum städtischen »Entwicklungsgebiet« für das Regierungsviertel gehörte. Zunächst war geplant, hier mehrere Ministerien anzusiedeln. So forderte der Ausschreibungstext des Wettbewerbs dazu auf, unter Berücksichtigung der historischen Stadtstrukturen Standorte für Ministerien sowie ein Konferenzzentrum zu finden und neue stadträumliche Konzepte für das gesamte Areal zu entwickeln. Wie im Fall des Potsdamer Platzes sollte auch hier der städtische Raum, hier die städtische Mitte, mit stadplanerischen Mitteln wiederhergestellt bzw. wiedergewonnen werden. Auch hier sollte mit dem Begriff der »Urbanität« an das Vorbild der »europäischen Stadt« angeknüpft werden. An dem Wettbewerbsverfahren nahmen über 1100 Architekten und Planerteams teil und machten den Wettbewerb zu einem der größten in der Geschichte der Architektur. Fast alle nutzten die Möglichkeit, die bestehenden Gebäude auf dem Schloßplatz abzureißen. So auch der Gewinner Bernd Niebuhr, der einen Neubau in der Kubatur des alten Schlosses für den Bereich des Schloßplatzes vorschlug.

Doch dieser Plan wurde nie verwirklicht und wird inzwischen auch nicht mehr als Grundlage für das weitere Vorgehen betrachtet. Denn das Gebiet ist schnell zum umkämpften Raum geworden. Die sich seit nunmehr über 10 Jahren hinziehende und mit Vehemenz geführte öffentliche Debatte um die zukünftige Gestaltung und Nutzung des Schloßplatzes ist weit verzweigt und unübersichtlich. Weder greifen einfache Unterscheidungen in Parteizugehörigkeit, noch einfache Ost-West-Differenzierungen, noch ist allein das Alter für den jeweiligen Standpunkt entscheidend, wenn es um die Beschreibung der streitenden Parteiungen geht. Auch im Folgenden kann nur eine grobe Skizze gegeben werden.

Die Debatte lässt sich bisher grob in zwei Phasen einteilen, deren erste, die etwa bis 1998/99 dauerte, durch den Gegensatz Schloss versus Palast gekennzeichnet ist, während die zweite stärker noch nach der Bedeutung dieses Platzes zwischen Staats- und Stadtmitte fragt und dessen zukünftige Nutzung in den Mittelpunkt zu stellen sucht. In der ersten Phase des Streits standen sich im wesentlichen drei Gruppierungen gegenüber, die je eigene Standpunkte vertraten und mit unterschiedlichen Praxen ihre Sichtweise zur Darstellung brachten.

Die Argumentation der Wettbewerbsauslober, Stadtplaner und Architekten beschrieb den Platz als Entwicklungsgebiet, als einen stadtplanerisch vernachlässigten bzw. durch die Stadtplanung der Moderne ruinierten Raum, der durch die vorsichtige Wiederaufnahme historischer Kontinuitäten mit neuen Sinn und Inhalt gefüllt werden soll. In den Augen dieser äußerst heterogenen Gruppe hat der Schloßplatz in seiner gegenwärtigen Gestalt eben keine historische Bedeutung mehr. Einhellig wurde etwa von Regierungsseite betont, dass die hier lokalisierte historische Mitte Berlins in »Zukunft nicht nur Zentrum einer 3,5-Millionen-Einwohner-Stadt« sein soll, »sondern ebenso ein räumlicher, funktionaler und emotionaler Bezugspunkt der Bundesrepublik« – so formuliert im 1997 veröffentlichten Planwerk Innenstadt, in dem die stadtplanerische Fortentwicklung der Berliner Innenstadt festgeschrieben wurde. Die gegenwärtige Gestalt, so heißt es dort weiter, könne zwar als Ergebnis sozialistischer Planungsgeschichte gesehen werden, erfülle die Erwartung an die Gestalt des historischen Zentrums aber keineswegs. Der Schloßplatz wird daher als »leer« und »desolat« gekennzeichnet, als Ort einer »inflationären Weite« und als Auswuchs der Moderne unter sozialistischen Planungsparametern. Da die Moderne es weder unter kapitalistischen noch unter planwirtschaftlichen Bedingungen vermocht habe, Stadträume zu gestalten, sondern vielmehr Städte mit Solitären bestückt habe, soll aus dieser Perspektive der Rekurs auf die Vorkriegsgeschichte des Platzes hier – wie am Potsdamer Platz – also in erster Linie dazu dienen, identifizierbaren Stadtraum herzustellen, der als Teil eines Bildes vom »Neuen Berlin« zur Identität der Stadt beitragen soll. Aufgrund des Verlusts der historischen Bausubstanz kann selbstver-

ständig nur in rudimentärer Form an die historischen Schichten und Kontinuitäten angeknüpft werden, eben durch den Rückgriff auf den einstigen Straßenverlauf oder die Bezugnahme auf frühere Platzstrukturen. Der damit gestaltete Dialog mit der Geschichte des Ortes soll den Schloßplatz zu einem symbolischen Raum der Stadt wie der Staatsmitte werden lassen. Es ist ein äußerst abstrakter Bezug zu historischen Spuren, der mit dieser Sichtweise vertreten wird.

Anders bei anderen Gruppierungen. Die Ablehnung der momentanen Gestalt des Platzes durch die Stadtplanungsbehörden rief massiven Protest hervor. Nachdem 1990 der Palast der Republik wegen Asbestbelastung geschlossen und 1993 von der Bundesregierung sogar sein Abriss beschlossen wurde, hatten, wie ein Interviewpartner mir erzählte, die »Leute eine mächtige Wut im Bauch«. Es entstanden eine ganze Reihe von noch immer aktiven Protestgruppen und Bürgerinitiativen. Ihr Anliegen war es zunächst, »ihren« Palast der Republik zu retten. Sie organisierten Protestmärsche um den Palast, veranstalteten wöchentliche Konzerte und Lesungen, vor allem mit Kulturschaffenden aus der ehemaligen DDR, auf der Terrasse des Palasts der Republik und schrieben Eingaben und Petitionen. Wenn die Mitglieder dieser Bürgerinitiativen vom Schloßplatz erzählen, dann beschreiben sie ihn als einen Erinnerungsort und als Ressource einer eigenen »ostdeutschen« Identität. Vor allem im Hinblick auf den Palast der Republik wird von gelebter Erfahrung, von Betriebs-, Hochzeits- und andere Familienfeiern, von den Tanzturnieren der Kinder, von Kulturveranstaltungen und Bowlingabenden berichtet. Kurz: Hier konnte man ein paar schöne Stunden in schöner Umgebung und mit guten Getränken verbringen. Diese Erzählung stellt die vor allem von Planern und Architekten vertretene ästhetische Bewertung des Stadtraums grundsätzlich in Frage: Mit dem Hinweis auf die an diesem Ort gemachten Erfahrungen und Erlebnisse wird vielmehr das soziale Gedächtnis als identitätsstiftende Kraft hervorgehoben. Die Argumentation basiert auf der Vorstellung, dass die Identität einer Stadt durch die Menschen hergestellt wird, die die Räume beleben. Gegen das in Stadtgrundrissen und in Gebäuden geronnene kollektive Gedächtnis wird die alltagsnahe kommunikative Erinnerung ins

Feld geführt. Bezogen auf den Palast der Republik heißt das, dass die kulturelle Erfahrung mit »Erichs Lampenladen« – so der Spitzname für das Gebäude – in den Mittelpunkt gerückt wird, während die politische und ästhetische Bedeutung des Gebäudes in diesen Berichten keine oder eine untergeordnete Rolle spielt. Im Gegenteil wird der Ort jenseits politischer Ideologien als Repräsentation einer eigenen Erfahrungsdimension des Berliner-Seins markiert.

Wohl aber werden die Abrissbestrebungen und auch die so lange sich verzögernde Asbestsanierung politisch gedeutet und als Beleg für die Übernahme des Ostens durch den Westen interpretiert. Aus dieser Perspektive ist der Konflikt um den Schloßplatz in erster Linie ein Ost-West-Konflikt. Das heißt nicht, dass alle Ostberliner für den Palast sind bzw. die Palast-Retter überhaupt nicht von »Wessis« unterstützt würden. Vielmehr wurde im Diskurs um den Schloßplatz mit dem Palast der Republik ein wirkmächtiges Symbol geschaffen, das für die Schwierigkeiten der Wiedervereinigung steht. Der Palast der Republik wurde dabei im Konflikt um seinen drohenden Abriss zum Symbol des Widerstands.

Die Betonung eines Identitätsverlusts wird von einer anderen Gruppe radikalisiert und zugleich in eine ganz andere Richtung weitergeführt, die für die Rekonstruktion des Schlosses eintritt, und zwar für eine Rekonstruktion, die möglichst dicht an das Original angelehnt sein soll. Die Interessenvertretung dieser Gruppe übernahmen mehrere Vereine, darunter die Gesellschaft Historisches Berlin sowie der 1992 gegründete Förderverein Berliner Stadtschloss e.V. Von diesen Gruppen wird die Sprengung des Schlosses im Jahr 1950 als ein Akt der Barbarei beschrieben, der den wahren Charakter der DDR offenbare.²⁵ Ihre Lesart des Areals stellt das ehemalige Schloss ins Zentrum des Gesamtkunstwerks Berlin: »Das Schloss liegt nicht in Berlin, Berlin ist das Schloss«, lautet einer der zentralen Slogans, der von dem Berliner Verleger

²⁵ Tatsächlich trägt in den Augen der Gesellschaft Historisches Berlin die Regierung der DDR die alleinige Verantwortung für den Verlust des Schlosses, da es in ihrer Entscheidungsgewalt lag, das Gebäude zu erhalten oder zu vernichten. Da wegen des Nichtaufbaus jeder denke, das Schloss sei durch Kriegseinwirkungen zerstört worden, werde seine Zerstörung fälschlicherweise der (gesamtdeutschen) Politik des NS angelastet. So auf einer Diskussionsveranstaltung am 23.9.1998. Vgl. außerdem: *Berliner Extrablatt*. Hg. vom Förderverein Berliner Stadtschloß e.V., Januar und Juli 1998.

und Publizisten Wolf Jobst Siedler stammt.²⁶ Als Symbol deutscher, preußischer und berliner Geschichte könne nur das Schloss, so Siedler weiter, aber kein anderes, gar modernes Gebäude, die Identität der Stadt wiederherstellen. Das (virtuelle) Gebäude wird symbolisch aufgeladen und als entscheidender Identifikationsort der Berliner, aber auch der preußischen bzw. deutschen Geschichte vor 1933 markiert. Der städtische Raum dagegen wird nicht als Alltagsraum konzeptionalisiert, sondern als Bühne oder Tableau, das der Erbauung dient. Schönheit ist das zentrale Stichwort in den Argumentationen dieser Gruppe.

Um den Eindruck des alten Schloßplatzes zu veranschaulichen, ließ der Förderverein 1993/94 eine Gerüstkonstruktion in den Ausmaßen des alten Gebäudes errichten, auf das Zeltbahnen mit der Fassade des Stadtschlusses gespannt wurden. Im »Innenhof« dieser Schlossattrappe wurde eine Ausstellung über die kunsthistorische Bedeutung des Stadtschlusses präsentiert und es fanden Konzerte und Lesungen statt. Durch diese Inszenierung wurde die imaginäre Gestalt des Schlosses verräumlicht und die Forderung nach seiner Rekonstruktion visualisiert. Die Ausgrabung des unter dem Asphalt verborgenen Kellergeschosses wurde ebenfalls von dem Förderverein veranlasst, der anhand der vorhandenen Reste die Dimensionen des Stadtschlusses veranschaulichen will und durch die installierten Schautafeln einen temporären Erinnerungsraum auf dem Schloßplatz geschaffen hat. Alle diese Praxen zielen darauf, das virtuelle Schloss so weit wie möglich real werden zu lassen und zugleich die Realisierbarkeit der Rekonstruktion unter Beweis zu stellen.

Auch wenn der Förderverein zwischenzeitlich einen Kompromissvorschlag vorgelegt hat, der einen Teil des Palasts der Republik in die Rekonstruktion integriert, soll die Wahrnehmung des Schloßplatzes und des umgebenden Stadtraums durch ein absolutes Bild von Geschichte definiert werden, das in ästhetischen Argumenten eingefroren wird. Es geht den Schlossbefürwortern keineswegs um eine politische Rekonstruktion der Vergangenheit, gar um die Wie-

²⁶ Diese Sicht wird auch von denjenigen geteilt, die einen Neubau an Stelle des Stadtschlusses befürworten.

derherstellung der Monarchie. Gleichwohl verweigern sie sich der Möglichkeit, die Brüche der deutschen Geschichte im Stadtraum sichtbar werden zu lassen oder den Verlust als Teil der deutschen Geschichte anzuerkennen, der durch den Zweiten Weltkrieg und die Planungsvorhaben der DDR entstanden ist. Die »Schönheit« des Schlosses, sein kunsthistorischer Wert und seine zentrale Bedeutung für das Verständnis der Berliner Stadtgeschichte gelten ihnen als Basis für eine Identitätskonstruktion, die es Berlinern und ihren Gästen erlaubt, sich mit dieser Stadt – letztlich in nostalgischer Weise – zu identifizieren.

Bislang konnte sich keine der drei Sichtweisen gänzlich durchsetzen, wohl aber wurden mit dem Planwerk Innenstadt vom Abgeordnetenhaus Grundsätze verabschiedet, nach denen der Dialog mit der Geschichte im Mittelpunkt der weiteren Planung stehen soll. Doch ob das Schloss rekonstruiert, der Palast der Republik abgerissen oder in den Wiederaufbau integriert wird oder gänzlich neue Planungen umgesetzt werden, ist noch immer umstritten. Handlungsbedarf wird zwar eingeklagt, da die »Leere« des Platzes, aber auch der Leerstand des Palasts der Republik als äußerst problematisch und einer »Staats- und Stadtmitte« ebensowenig angemessen empfunden werden wie Interimslösungen, etwa die Nutzung durch das Varietétheater, Kunstaktionen oder gelegentliche Jahrmärkte. Doch die noch bis 2001 dauernde Asbestsanierung ermöglicht es, mit Entscheidungen noch zuzuwarten. Der gegenwärtige Zustand des Schloßplatzes wird jedoch von vielen als schmerzende »Wunde« im Stadtkörper beschrieben. Neben diesen Körpermetaphern sind es vor allem Bezeichnungen, die das Ungestaltete, Unfertige und »Unzivilisierte« des Platzes hervorheben: Er wird als Brache, Wüste oder Öde beschrieben und dadurch aus der gestalteten Stadt gewissermaßen exterritorialisert.

Die Stimmen, die zum Abwarten auffordern, haben sich in den letzten Jahren vermehrt. Die symbolische Aufladung des Platzes, die große Bedeutung, die ihm zugeschrieben wird, lässt die Aufgabe zum gegenwärtigen Zeitpunkt schier unbewältigbar erscheinen. Zudem hat sich im Verlauf des letzten Jahrs die Argumentationslinie verschoben, wodurch neue Aspekte ins Zentrum der Auseinandersetzung rückten. Gestritten wird nun weniger um die Alternati-

ven Schloss, Palast oder moderner Neubau als vielmehr um die Nutzung dieses Raums. Die Debatte ist dabei weitgehend um die Frage Stadt- versus Staatsmitte zentriert und damit der symbolische Gehalt dieses Platzes im Rahmen von nationalen bzw. lokalen Selbstbildern noch verstärkt worden. Nachdem ein von Senat und Bund veranlasstes Interessenbekundungsverfahren zur Suche von Investoren gescheitert ist, hat sich grundsätzlich die Ansicht durchgesetzt, dass an diesem historischen Ort kein zweiter Potsdamer Platz und also kein rein privatwirtschaftliches Konzept umgesetzt werden soll, sondern vielmehr etwas entstehen soll, was auch im Hinblick auf die Nutzung der Zentralität dieses Ortes und seinem öffentlichen Charakter angemessen erscheint. Noch nicht geklärt ist, trotz der vielen in den letzten Jahren vorgelegten Konzepte, wie eine solche Nutzungsstruktur konkret aussehen kann.

Die Diskussion um die zukünftige Nutzung des Schloßplatzes hat in diesem Frühjahr durch den Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Klaus-Dieter Lehmann, neuen Auftrieb bekommen, der vorschlägt, die Dahlemer Völkerkundemuseen auf dem Schloßplatz anzusiedeln. Er begreift diese Idee als ein kulturpolitisches Konzept für die Gestaltung der bundesdeutschen Staatsmitte. Angesichts von Globalisierung und damit einhergehendem Identitätsverlust, so Lehmann, könne durch den an diesem Ort initiierten Dialog der Kulturen, das Eigene im Austausch mit dem Fremden genauer bestimmt werden. Ergänzt durch die humanistische Bildungsidee und politische Geschichte der Nation, wie sie durch die naheliegende Museumsinsel bzw. das Deutsche Historische Museum im Zeughaus repräsentiert wird, könne so eine neue, dem 21. Jahrhundert gemäße Bildungslandschaft entstehen. Wie Preußen, das im 19. Jahrhundert gewissermaßen im Untergang begriffen, Reformen durchführte und bildungspolitische Signale setzte, könne nun die Bundesrepublik durch dieses kulturpolitische Signal ihre Innovationskraft unter Beweis stellen: Kultur als sinnstiftendes Element nationaler Identität in der historischen Mitte der Hauptstadt. Wie das Gehäuse für eine solche Idee gestaltet werden soll, ist Lehmann weitgehend egal. Da er für die Museen nur 1/3 der Gesamtfläche des Gebäudes beanspruchen möchte, könnte diese Idee ergänzt werden durch andere. In die Staatsmitte,

wie sie Lehmann imaginiert, soll die Stadtmitte integriert sein, um so ein angemessenes Bild demokratischer nationaler Selbstdarstellung zu erhalten.

Die Aktivisten der Gesellschaft Historisches Berlin und des Fördervereins drängen allerdings weiter darauf, zunächst die Frage der Gestaltung zu entscheiden. Trotz der von ihnen vorgelegten Kompromissvorschläge ist ihr primäres Ziel die Wiederherstellung des »Gesamtkunstwerks Berlin« durch die Rekonstruktion des Schlosses.²⁷

Diejenigen, die aktiv für den Erhalt des Palasts der Republik eintreten, interessiert inzwischen vornehmlich der Entscheidungsprozess selbst: Ihr zentrales Anliegen ist es, ein an Bürgerinteressen orientiertes Nutzungskonzept unter Beteiligung der Bürger durchzusetzen. Hierfür sehen sie in der Nutzungsstruktur des ehemaligen Palastes ein Vorbild. Sie fordern eine Gestaltung des Schloßplatzes als bürgernahen, städtischen Ort und damit als Aushängeschild einer demokratischen Gesellschaft, nicht als Ort staatlicher Repräsentation. Das bisherige Entscheidungsverfahren ist für sie zu einem Beleg für die Funktionsweise parlamentarischer Demokratie geworden, von der sie, weil sie mit ihren Anliegen kaum Gehör finden, zunehmend enttäuscht sind. Sie begreifen sich als Opposition. Ihrer Forderung nach einem bürgernahen Nutzungskonzept und vor allem einem demokratischen und offenen Entscheidungsprozess über die zukünftige Gestaltung und Nutzung des Platzes liegt letztlich ein Verständnis der Stadt- und Staatsmitte zugrunde, das an basisdemokratische Utopien anknüpft.

Für beide Gruppierungen bildet der mit einer je eigenen historischen Vorstellung aufgeladene Stadtraum den Ausgangspunkt für politisches Handeln und für das Erproben unterschiedlicher Praxen der Bürgerbeteiligung und Einmischung in städtische Entschei-

²⁷ Sie argumentieren, dass sich für ein Gelände, das sich im Besitz von Bund und Land befindet, die richtige Nutzung quasi automatisch ergeben werde, steht erst einmal das Schloss wieder. Wilhelm von Boddien, der Vorsitzende des Fördervereins, hat vor kurzem vorgeschlagen, den Wiederaufbau durch die Ausgabe einer sog. Volksaktie zu finanzieren, um auf diesem Weg den Wiederaufbau zur Sache des gesamten deutschen »Volkes« zu machen. Auch hier ist der Ort längst mehr als ein Berliner Stadtplatz, vielmehr Ort nationaler Identität.

dungsprozesse. Auf Initiative vor allem der Palast-Befürworter haben Mitglieder beider Gruppen vor drei Jahren unter der Schirmherrschaft von Prince Charles und dessen Urban Design Task Force eine Ideenwerkstatt veranstaltet, um zu einem Nutzungs- und Gestaltungskonzept zu gelangen, in das möglichst viele Bedürfnisse integriert werden können, und die jenseits der in den ersten Jahren herrschenden Dichotomie Schloss versus Palast zu alternativen Lösungen kommen wollte. Nicht zuletzt diese Zukunftswerkstatt, an der um die einhundert Menschen teilnahmen, zeigt, wie Geschichtspolitik der Ausgangspunkt für soziale Praxen werden kann, mit denen eigene Interessen an die zukünftige Gestaltung der Wohn- und Lebenswelt formuliert werden. Geschichte ist in diesem Fall ein umkämpftes Terrain, ist nicht nostalgische, nach rückwärtsgewandte Verklärung eines besseren Gestern, sondern Ausgangspunkt für Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse darüber, wer sich wie in der Stadt darstellen kann und darf. Geschichte ist in diesem Kontext kein befriedeter Bereich, sondern eine Bühne, auf der Zukunft entworfen werden kann und die offen ist auch für utopische Vorstellungen. Hier hat Vergangenheit eine kulturelle Präsenz und Brisanz in der Gegenwart. Das Manko einer solchen, an »Geschichte« anschließenden Politik liegt allerdings nicht zuletzt darin, dass sich nur diejenigen beteiligen können, die in der Stadt einen historischen Anknüpfungspunkt »ihrer« Geschichte finden.

Wie die Kontroverse weiter- bzw. ausgeht, ist momentan noch offen. Da der Platz inzwischen hochgradig symbolisch aufgeladen ist, werden die an diesem Ort sich durchsetzenden Ordnungs- und Gestaltungsvorstellungen aber wohl in jedem Fall eine Aussage über das offizielle nationale Selbstverständnis Deutschlands machen. Dass bis zu einer Entscheidung noch einige Zeit ins Land gehen wird, zeigt nicht zuletzt die internationale Expertenkommission »Historische Mitte«, die in naher Zukunft eingesetzt wird und im Laufe des nächsten Jahres Vorschläge für die zukünftige Nutzung und Gestaltung des Schloßplatzes erarbeiten soll.

Soweit eine knappe Skizze von zwei Beispielen, die unterschiedliche Formen der Geschichtspolitik im gegenwärtigen symbolischen Transformationsprozess Berlins darstellen. Wenn am Potsdamer Platz historische Versatzstücke als Mittel genutzt werden, um auf die Zukunft gerichtete Planungsziele zu transportieren, zielt der Verweis auf Geschichte in erster Linie darauf, mit einer (verengten) historischen Erzählung eine eindeutige Identität eines Ortes herzustellen, die sowohl von der Berliner Bevölkerung akzeptiert als auch im globalen Zusammenhang (an-)erkannt werden soll. Am Schloßplatz wurde die historische Deutung des Ortes dagegen zum Ausgangspunkt für politische Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse. In diesen Auseinandersetzungen werden unterschiedliche Erzählungen der Vergangenheit und deren performative Inszenierung zur Artikulation der eigenen Interessen genutzt und damit unter anderem auch verschiedene Konzepte von Nation, Gesellschaft und Stadt, von Bürgerschaft und Demokratie transportiert. Eine genauere und multiperspektivischere Analyse soll diesen Prozess der Bedeutungsgenerierung bzw. -festschreibung und dessen Funktionsweisen weiter entschlüsseln. Dafür müssen allerdings noch folgende analytischen Ebenen eingezogen werden:

Erstens müssen diejenigen, die diese Orte nutzen, stärker in die Betrachtung einbezogen und deren Rolle bei der Produktion von Wahrnehmung und Bedeutung dieser Orte bestimmt werden: Welche dieser Nutzungsweisen wird bzw. wurde im Diskurs um den jeweiligen Platz wahrgenommen und im Hinblick auf die weitere Planung und Gestaltung in welcher Weise gedeutet?

Zweitens muss die Wahrnehmung der Plätze außerhalb Berlins stärker berücksichtigt werden: Wie wirken die hier produzierten Vorstellungen auf die Berliner Debatte zurück? Wie wird an diesen Orten das Wechselverhältnis von Lokalem und Globalem sichtbar?

Drittens muss die machtvolle Strukturierung des Prozesses, in dem Bedeutungen von Orten generiert und festgeschrieben werden, analytisch präziser gefasst werden. Eine zentrale Rolle wird dabei die gesellschaftliche Position unterschiedlicher Wissens- und Handlungsfelder spielen: Architektur und deren Gestaltungsregeln, Geschichte und deren Erzähllogik, Politik mit ihren unterschiedli-

chen Handlungsfeldern und deren jeweiligen kulturellen Regeln. Der Diskurs auch um diese beiden Plätze macht zwar deutlich, dass es nur von einer machtvollen Position aus möglich ist, einem Raum die eigenen Ordnungs- und Nutzungsvorstellungen endgültig einzuschreiben und das Prozessuale eines Raums in einer eindeutigen Identität zumindest vorübergehend still zu stellen. Doch zeigt die Debatte gerade um den Schloßplatz auch, dass die einzelnen Positionen in einem komplexen politischen und sozialen Machtgefüge angesiedelt sind, das stetig neu hervorgebracht und reifiziert wird, das daher in seinen Konturen letztlich doch fragil erscheint und dessen komplizierte Funktionsweise der genauen Beschreibung noch harret.